Information nach § 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Seit dem 25.05.2018 ist die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) europaweit wirksam. Diese Vorschrift verpflichtet mich, Sie bei der Erhebung Ihrer Personenbezogenen Daten wie folgt zu informieren:

Zweck der Datenverarbeitung

Bearbeitung Ihres Antrags auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz

Soweit es für die Bearbeitung Ihres Antrags im Einzelfall erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten (z.B. Personalien, Anschrift, Kontaktdaten) verarbeitet, insbesondere erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert und übermittelt. Soweit es zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlich ist, kann das Sozialamt auch Daten, die von anderen Stellen erhoben wurden (z.B. von anderen Leistungsträgern, Finanzbehörden, Bildungseinrichtungen, medizinischen/therapeutischen Einrichtungen, Leistungsanbietern, anderen Behörden) von diesen Stellen einholen.

Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben, um prüfen zu können, ob ein Anspruch auf Leistungen besteht und um bestehende Ansprüche erfüllen zu können. Wird eine Leistung gewährt, können Ihre Daten darüber hinaus zur Prüfung, Geltendmachung und Durchsetzung potentieller Rückforderungsansprüche (Kostenerstattung, Aufwendungsersatz, Unterhalt) sowie zur Sicherung von Rückerstattungsansprüchen gespeichert und genutzt werden.

Wird die Sozialleistung als Darlehn erbracht, werden Ihre Daten auch zur Rückabwicklung des Darlehns gespeichert und genutzt.

Darüber hinaus werden Ihre Daten in anonymisierter Form zu Statistik- und Steuerungszwecken gespeichert und genutzt.

Die Erhebung der Daten ist gemäß § 67a SGB X zulässig, soweit ihre Kenntnis zur Aufgabenerfüllung notwendig ist.

Verantwortlicher

Stadt Troisdorf, Der Bürgermeister, Kölner Str. 176, 53840 Troisdorf, Tel. 02241/9000, E-Mail rathaus@troisdorf.de

Verantwortliche Dienststelle: Sozial- und Wohnungsamt

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Stadt Troisdorf, Datenschutzbeauftragter, Kölner Str. 176, 53840 Troisdorf, Tel. 02241/900331, E-Mail: datenschutz@troisdorf.de

Rechtsgrundlage

Ihre Daten werden auf der Grundlage von Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c) und e) DSGVO in Verbindung mit §§ 67a bis 78 SGB X und §§ 60 bis 67 SGB I verarbeitet. Das Sozialamt benötigt Ihre Daten, um prüfen zu können, ob die Leistungsvoraussetzungen

erfüllt sind. Wenn Sie die Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden. Aufgrund fehlender Mitwirkung (§§ 60, 66 SGBI) kann Ihr Antrag abgelehnt werden.

Kategorie der Daten

Es werden nur die Daten verarbeitet, die unbedingt notwendig sind, um Ihren Antrag ordnungsgemäß bearbeiten zu können.

Kategorie der betroffenen Personen

Antragsteller

Form der Verarbeitung

Für die Datenverarbeitung werden IT-Verfahren genutzt, die in meinem Auftrag zweck- und weisungsgebunden durch einen Dienstleister in der Europäischen Union (EU) oder dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) betrieben werden. Der Dienstleister erfüllt dabei die Vorgaben der DSGVO. Darüber hinaus werden personenbezogene Daten in einer systematisierten Akte verarbeitet.

Empfänger

Soweit dies zur Bearbeitung Ihres Antrags erforderlich ist, werden Ihre Daten weitergegeben an:

- Hausinterne Stellen (z.B. Stadtkasse zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs und Durchsetzung von Forderungen, Zwischenarchiv, Archiv zur Langzeitarchivierung nach dem Archivgesetz NRW, Wohngeldstelle)
- Externe Stellen (z.B. Kreissozialamt des Rhein-Sieg-Kreises, Zweckverband regio IT zur automatisierten Datenverarbeitung, Sozial- und Verwaltungsgerichte)

Darüber hinaus werden Ihre Daten an Dritte außerhalb der Stadtverwaltung nur weitergegeben, soweit die Stadtverwaltung gesetzlich oder durch richterliche bzw. staatsanwaltliche Anordnung dazu verpflichtet ist oder eine Einwilligung von Ihnen vorliegt.

Speicherdauer

Personenbezogene Daten werden grundsätzlich gelöscht, sobald der Zweck der Verarbeitung entfallen ist. Wir Ihren Antrag entsprochen, so werden Ihre Daten bis zur vollständigen Erfüllung des Leistungsanspruchs oder eines etwaigen Rückforderungsanspruchs gespeichert. Rechnungsbegründende Unterlagen werden nach § 58 Abs. 2 Satz 2 und 3 GemHVO NRW nach Abschluss des Zahlungsvergangs weitere zehn Jahre gespeichert. Die Frist beginnt am 1. Januar des Folgejahres nach Abschluss des Zahlungsvergangs.

Im Rahmen des Archivgesetzes NRW sind alle Unterlagen nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist dem Archiv anzubieten. Sofern die Daten nicht archivwürdig sind, werden sie gelöscht. Akten werden datenschutzkonform vernichtet.

Betroffenenrechte

Sie haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind:

- Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO),
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO),

- Recht auf Löschung und auf Einschränkung der Verarbeitung (Artz. 17, 18 DSGVO),

Sollten Sie von den oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Troisdorf, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde:

Sie haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Auffassung sind, dass die Datenverarbeitung gegen geltendes Recht verstößt. Aufsichtsbehörde für das Land Nordrhein-Westfalen: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Tel. 0211/384240, E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de.